

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann,  
sehr geehrte Abgeordnete des hessischen Landtags,  
Herr Kunze, Herr Kräuter,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Zum 10. Mal eröffne ich heute den Gewerkschaftstag des BSBD Hessen, es ist die erste Rede an Sie, die Abgeordneten des 20.hessischen Landtags. Sie vertreten Ihre Parteien nun im Unterausschuss Justizvollzug. Kein einfaches und sicherlich nicht das beliebteste zu beackernde Themenfeld im Reigen der Parlamentsaufgaben.

Es ist wohl ein Thema, dass gerne den Neuen in der Fraktion übertragen wird, viele von Ihnen haben zum ersten Mal ein Landtagsmandat.

Allein Herr Honka und Herr Serke müssen sich zuschreiben lassen, dass sie wussten, auf was sie sich einlassen.

Positiv betrachtet handelt es sich aber sicher um ein überdurchschnittlich abwechslungsreiches Themengebiet im Aufgabenstrauß der Landtagspolitik. Das lässt sich versprechen, wundern sie sich also nie, was so alles so geht bei uns.

Wiederholt stellte ich in den letzten 10 Jahren fest: eigentlich ist schon alles mindestens einmal gesagt worden. Und auch das sagte ich schon wiederholt.

Alles wurde schon einmal gesagt. Jetzt aber erstmals vor völlig anderen Gesichtern.

Jedes Jahr in den vergangenen 10 Jahren hatte ich an mich den Anspruch, eine gute Eröffnungsrede zu halten, in der sich die anwesenden Kolleginnen und Kollegen unserer Arbeitsbasis,

aus den Anstalten

aus den unterschiedlichen Berufsgruppen

in ihrem beruflichen Erleben wiederfinden.

Und ich habe in diesen 10 Jahren die Erfahrung gemacht, dass sehr vieles aber immer und immer wieder gesagt werden muss, bevor es sich tatsächlich verfängt.

Stets treu dem Motto: „Was wir nicht sagen, können Sie nicht wissen.“

Und deshalb ist Wiederholung tatsächlich kein stumpfes Schwert. Vieles muss immer und immer wieder erklärt werden. Als BSBD Hessen lassen wir da nicht locker.

Mit Ihnen allen haben wir im Frühjahr und Sommer bereits ein erstes vollzugspolitisches Gespräch geführt.

Sie haben uns Gelegenheit gegeben, den Justizvollzug aus Sicht der Fachgewerkschaft zu beschreiben. Dafür danken wir Ihnen ganz, ganz herzlich.

Wir waren uns einig, diese Gespräche regelmäßig fortzusetzen. Wer im Justizvollzug arbeitet, - ich wiederhole mich - braucht eine leidenschaftliche Vertretung, eine Personalvertretung und eine Fachgewerkschaft, die verantwortlich, initiativ, leidenschaftlich und fachkompetent die Perspektive aus Mitarbeiter\*innen-Sicht beschreibt, benennt und entsprechend vertritt. Standhaft zu bleiben, aber nicht stur. Schließlich wohl wissend, dass es zu den Beamtenpflichten gehört, die Vorgesetzten, die Entscheidungsverantwortlichen, zu beraten und zu unterstützen.

Warnung und Widerspruch können tatsächlich auch Ausdruck von Loyalität sein, sehr geehrte Damen und Herren. Zu einer guten Entscheidung und einer erfolgreichen Umsetzung gehört zuvor die Risikoabwägung. Risikobewertung ist allerdings nur möglich, wenn auch den Warnenden ein Wort und ihre Stimme gelassen wird.

Eigentlich sollte gelten:

1. Keiner von uns ist unfehlbar
2. Kritik ist keine Majestätsbeleidigung.

Es ist manchmal eine schmerzhafteste Rolle und Aufgabe, Kritik zu äußern, Bedenken anzumelden, zu warnen. Wenn hierzu gegenüber Vorgesetzten gar Mut erforderlich wird, sollten wir unsere Führungskräfteentwicklung tatsächlich auf den Prüfstand stellen. Eine schwache Führungskraft beißt die Warnenden weg.

Dass wir für diese Aufgabe, diese Rolle und diese Verantwortung im Entscheidungsprozess stehen, ist für uns allerdings Ausdruck unseres besonderen Pflichtbewusstseins, wir haben einen Amtseid geleistet und versprochen, uns mit vollem persönlichen Einsatz unserem Beruf zu widmen. Auch als Gewerkschaftsmitglieder sehen wir uns in dieser Verantwortung. Gute Arbeitsergebnisse gibt es im Justizvollzug nur durch gute Zusammenarbeit. Und deshalb kämpfen wir eben weiter, gemeinsam mit dem dbb Hessen, gemeinsam mit den Personalräten der Anstalten und ganz besonders im HPR. Wir sind vernetzt.

Danke an alle Kolleginnen und Kollegen, die für den nächsten HPR auf unserer Liste kandidieren. Wir hoffen alle auf ein gutes Wahlergebnis, wir kämpfen wieder um die Mehrheit der Sitze.

Eins kann uns wirklich niemand absprechen: wir haben in den vergangenen Jahren diese Personalratsarbeit auf Landesebene ganz maßgeblich verantwortet und getragen, wir haben die Themen besetzt, wir haben die Stellungnahmen gestaltet, wir waren Ghostreader und Querleser. Wir haben manches mitinitiiert, manches mitverantwortet, manches auch still und geräuschlos mitgestaltet. Wir haben dabei stets unsere Rolle und unsere Perspektive, die Perspektive unserer Kolleginnen und Kollegen im Blick gehabt, auch wenn manche von uns jetzt selbst in Führungsverantwortung sind.

Wir haben Meinungsbildung aktiv gelebt, uns abgeglichen – immer wieder geerdet. Der BSBD Hessen lebt seit vielen Jahren das langjährige Verbandsmotto: Nähe ist unsere Stärke.

Ja, das ist sie, die Nähe zu unseren Kolleginnen und Kollegen. Und sie ist uns wichtig. Sie ist uns ein ganz besonderes Gut, sie ist das Fundament unserer Arbeit. Darauf besinnen wir uns immer wieder.

Deshalb lade ich schon heute alle Kolleginnen und Kollegen des hessischen Justizvollzugs ein, im kommenden Mai dem BSBD Hessen ihre Stimme zu geben. Wir brauchen eine kompetente und starke BSBD-Fraktion im nächsten HPR 2020 – 2024, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich rede heute als Vorsitzende der Fachgewerkschaft im Justizvollzug ganz besonders zu Ihnen, sehr geehrte Abgeordnete, die Sie nicht nur neu im hessischen Landtag, sondern auch neu im Thema Justizvollzug sind.

Ich möchte ihnen heute ein paar Einblicke geben, damit sie uns verstehen lernen im Justizvollzug, damit sie unser Vorgehen und unser Handeln verstehen – und damit sie verstehen, warum wir als Gewerkschaft Forderungen formulieren, kritisch intervenieren, uns auch immer wieder dazwischen stellen; widersprechen.

Warum, Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann, ist der BSBD Hessen beispielsweise gegen Bodycams im Justizvollzug?

Zum einen, weil es bei uns keinen so genannten öffentlichen Raum gibt, wir sind ein sehr geschlossenes System mit 2 Gruppen, d.h. denen vor und denen hinter den Gittern, oder anders gesagt, denen mit Schlüssel und denen ohne Schlüssel.

Auch die Polizei lässt ihre Bodycams aus, wenn sie Wohnungen betritt, die Wohnung genießt den besonderen Schutz durch das Grundgesetz. Justizvollzug steht in einem ganz besonderen Spannungsfeld, zwischen der Privatsphäre des inhaftierten Menschen und der so genannten „Sicherheit und Ordnung“ der Justizvollzugsanstalt, die nicht zuletzt auch die dort Arbeitenden schützt.

Aber bietet eine laufende Bodycam tatsächlich Schutz für die Bediensteten?

Wird das Vorgehen, wird der eskalierende Konflikt für den „Außenstehenden“, der einen solchen Film in der Rückschau betrachtet – und sicher auch bewertet -, tatsächlich verständlicher oder nachvollziehbarer?

Wir sind froh, dass die Problematik um die wachsende Gruppe psychisch auffälliger Gefangener nun wirklich angekommen ist, das Thema sowohl im Koalitionsvertrag wie auch im Haushaltsentwurf 2020 markant abgebildet ist. Insgesamt sind 40 neue Stellen unterschiedlicher Fachlichkeit im Haushaltsentwurf 2020 dafür vorgesehen.

Sie, CDU und Bündnis 90/Die Grünen, haben als Koalitionspartner die leitliniengerechte Behandlung psychisch kranker Gefangener miteinander verabredet. Als BSBD Hessen benutzen wir allerdings bewusst nicht die Zuschreibung des „Krank seins“, wir sprechen von psychisch auffälligen Gefangenen. Wir meinen damit die wachsende Gruppe massiv verhaltensauffälliger, völlig dissozialer Gefangener.

Ich schaue die bei uns beherbergte Klientel an, die Süchtigen, die Junkies, diejenigen, die ihre Persönlichkeit schon ziemlich verloren haben. Nicht erreichbar, teilweise verwirrt, gefangen in einer eigenen Welt mit eigenen Bildern und Geräuschen. Weggebeamt. Fordernd und nervend, teilweise verwahrlost. Laut und schreiend, vor allem nachts.

Der ICD-10-Katalog zum Spektrum der psychischen Erkrankungen, von der Psychose bis zur hochgradigen Suizidalität, ist im Justizvollzug umfassend vertreten.

Appell und Absprache stehen gerade bei diesen Menschen als Instrument der Begegnung nicht zur Verfügung.

Wir haben die Gruppe der Gewalttäter, die Paschas, die Prinzen, die „was willst du“-Dröhner, die insbesondere die Kollegen im Stationsdienst in einer Auseinandersetzung gerne auch mal als Rassisten beschimpfen. Weil sie glauben, dass sie das bei uns am weitesten bringt. Wunsch nach Resozialisierung? Fehlanzeige. Es geht nur ums eigene Ego und um den Status in der so genannten „Subkultur“.

Wir haben Gefangene, die wir besonders schützen müssen, weil sie sich an Kindern vergriffen haben. Wir sehen den Tatvorwurf, wir sehen das Urteil. Und es gilt, alle eigene Emotion zurückzustellen und diesen Menschen vor Übergriffen zu bewahren.

Und schließlich diejenigen, die vorgeben, religiös motiviert die Grundfesten unserer Gesellschaft sprengen zu müssen. Die wir beobachten, mit deren Radikalisierung wir uns befassen, deren Gefährlichkeit wir zu begreifen und zu beschreiben versuchen. Die wir zu trennen versuchen, was faktisch aber nicht mehr geht, es sind zu viele geworden.

Und zu all denen kommen dann diejenigen, die derart gewaltbereit und fehlgesteuert sind, dass die Kollegen zu zweit oder zu dritt sein müssen oder gar Schutzanzüge anzulegen haben, bevor die Haftraumtür geöffnet wird. Sei es für die Essenausgabe, die Körperhygiene, das Psychologengespräch, die Einzelfreistunde, was immer ansteht. Das sind dann die, die den Tagesablauf einer JVA richtig auf- oder sogar anhalten.

In meinem beruflichen Alltag ertappe ich mich dabei, wie ich all diese unterschiedlichen Geister häufig als „den handverlesenen Bodensatz unserer Gesellschaft – und davon die Unterkante“ bezeichne, um diese Einzigartigkeit und Vielfalt in Worte gefasst zu bekommen.

Es sind diejenigen, die derart gegen unsere Regeln verstoßen haben, dass sie zeitweise in einer Justizvollzugsanstalt untergebracht werden, um so für die Allgemeinheit zumindest zeitweise Sicherheit zu stiften.

Kurzer Zwischenruf zum Stiften von Sicherheit für die hessischen Bürger\*innen: Statt irgendeine Wirksamkeit von Justizvollzug in irgendwelche abstrakten Zahlenspiele zu packen – Stichwort MeWis im Justizvollzug –, sollten wir besser mal hochrechnen, wie viele Straftaten wir vermeiden, indem wir diese Menschen mal kürzer, mal länger, aber zu 99,9997 % sicher beherbergen.

Mehrere 10.000 Straftaten jährlich sind es auf jeden Fall, die wir durch Inhaftierung der Betroffenen vermeiden. Schreiben wir jedem Gefangenen mal durchschnittlich 2 Straftaten

zu, tatsächlich sind es deutlich mehr Straftaten, die wir verhindern. Das wäre ein schnell in Worte und in Zahlen zu fassender Erfolg des Justizvollzugs. Eins scheint mir besonders sicher: mit solchen Zahlen würden wir auf jeden Fall verstanden werden in der Öffentlichkeit! – Ende dieses Zwischenrufs.

Arbeitsfeld Justizvollzug.

Und wie wenig wird nun darüber nachgedacht, was es heißt, jeden Tag – zu wechselnden Zeiten – durch die Pforte einer Justizvollzugsanstalt zu gehen, den Schlüssel aus dem Schließfach zu holen, das eigene Handy wegzuschließen, das Personennotrufgerät aus dem Halter zu nehmen und loszumarschieren. Was wird mich heute erwarten, wird es ein ruhiger Tag, wird es „besondere Vorkommnisse“ geben, gibt es eine Sonderkontrolle oder eine Übung. Wie stark wird die Mannschaft heute sein? Gibt es Tageskranke? Eine ungeplante Krankenhausaufnahme? Kurzum, werden wir genug Kolleginnen und Kollegen sein, die alles abarbeiten können, was eigentlich ansteht und zu erledigen ist.

Und: wird es ein handlungsfähiges Team sein. Oder habe ich es heute „verstärkt“ mit Berufsanfängern und Auszubildenden um mich herum zu tun. Die älteren, die dienst erfahrenen Kollegen\*innen sind dann extra gefordert an solchen Tagen. Die sind „alle“ am Ende einer solchen Schicht. Justizvollzug ist kein Spaziergang und nicht die Kaffeerrunde, als die er gelegentlich beschrieben wird.

Aber was es heißt, über viele Jahre jeden Tag Dienst zu leisten in einer JVA, wie das wirkt auf jeden Einzelnen von uns, verändert es uns? Wie es wirkt bis in das Private hinein, damit befassen wir uns nicht.

Etliche Kolleginnen und Kollegen schützen sich, indem sie sagen: ich schließe nach der Schicht meinen Schlüssel ein und schließe dabei alles weg, was ich erlebt habe. Ich lasse alles in der Anstalt. Und sie verlassen diese dann.

Wie wirkt sich dieses Arbeitsfeld nun auf die Kolleginnen und Kollegen aus, die viele Jahre unter diesen Bedingungen arbeiten und immer häufiger feststellen, dass die Klientel schlimmer und psychisch auffälliger geworden ist?

Ist es verwunderlich, dass Ansprache mit den Berufsjahren knapper wird, Ansage und Anweisung klar, knapp und kurz formuliert wird, Spielräume begrenzt, Diskussionen unterbunden werden und ein eher diskussionsfreies Befolgen von Weisungen verlangt wird?

Wie wird die 20. Verbringung in einen bgH erlebt, wenn niedergerungen und zugepackt wird, Klamotten aus, Mundhöhlenkontrolle. Und dann rein in den bgH. Bleibt er dort liegen oder wehrt er sich noch? Wenn´s bitter kommt, geht es aufs Fesselbett, die freiheitsberaubendste Form der Unterbringung. Rauf auf den Gefangenen, Gurte anlegen bei maximalem körperlichen Widerstand. Über das Windelanlegen hatten wir letztes Jahr schon gesprochen. Und dann die Sitzwache. Bei einem schreienden, jammernden, schimpfenden,

fluchenden Gefangenen –sehr häufig in einer fremden Sprache -, fixiert auf der Liege. Spucken kann er übrigens noch. Und viele tun genau das.

Ja, wir fordern die Überarbeitung des vorgelegten Fortbildungskonzepts für die Bediensteten, die als Sitzwache am Fesselbett eingesetzt werden. Wenn nun – wie bereits an die Anstalten verschickt – Fortbildung lediglich als so genannte dienstliche Unterweisung angeboten wird und von den Bediensteten gefordert wird, sie mögen während einer Sitzwache stets zugewandt, ruhig, den Blickkontakt suchend, mit dem Fixierten deeskalierend kommunizieren, verkennt der Stifter dieser Unterweisungsinhalte leider jegliche Realitäten bzw. es steht zu befürchten, dass diese ihm gar nicht bekannt sind.

Wir fordern die Auseinandersetzung mit der tatsächlichen Lage, die Auseinandersetzung mit der Anspannung und dem Stress in einer solchen Situation. Wir fordern Fortbildung für die tatsächlich notwendigen Handlungsschritte.

Sie haben uns Fortbildung als Pflicht in die Vollzugsgesetze geschrieben, jetzt geben Sie uns bitte auch die Zeit dazu und nudeln sie das Thema nicht nur ab am Rande einer Dienstbesprechung ab. Nur um zu beweisen, dass Personalverstärkung im Justizvollzug hierfür nicht nötig ist.

*Auch Vollzugsbedienstete sind im Übrigen Menschen.*

Arbeitsfeld Justizvollzug...

Der erste Tote ist der schlimmste Tote.

Der zappelnde Junkie auf Entzug berührt niemanden mehr von uns.

Oder der suizidale Neuzugang, der sofort in den bgH, in den Bunker, fliegt.

Und immer wieder das Gebrüll am Fenster in babylonischer Sprachvielfalt. Am schlimmsten sind aber diejenigen, die sie auch durch Ermahnung nicht zur Ruhe bekommen, weil sie psychotisch oder schizophoren sind, Stimmen hören, Gesichter sehen. Oder sich von Erdstrahlen bedroht fühlen, die aus der Steckdose kommen.

Bleibt noch die gegenseitige Unterdrückung zu erwähnen, die gegenseitige Ausbeutung, die Gefangene untereinander ausleben. Die Hackordnung, die Subkultur.

Abstumpfen mit den Jahren. Abhärten und Harter Hund werden.

Ist es verwunderlich, wenn ein Sozialarbeiter dem Gefangenen antwortet: Erzählen sie mir keinen Mist. Der im Gespräch zugetextet, zugejammert und immer wieder angelogen wird.

Wie ist das in einer Vollzugsplanung, wenn Sicherheit auf Resozialisierung trifft, seitenlangen Anamnesen zu Papier gebracht werden, Herkunft, soziale Gruppenzugehörigkeit, Intellekt, Konfliktverhalten, die Straftat, beschrieben werden, der ganze Mensch, der ganze Gefangene in Worte zu fassen versucht wird. Und am Ende all dieser Worte doch nur der geschlossene Vollzug bleibt mit eben seinen Möglichkeiten an Behandlung und an Sicherheit.

Als Außenstehende, sehr geehrte Abgeordnete, neu im Thema Justizvollzug, mögen Sie das eventuell als Abstumpfung wahrnehmen vor dem für uns Alltäglichen.

Ist aber ein Schlüsselfach tatsächlich groß genug, um all das am Tag oder in der Schicht erlebte, aufzunehmen und alles wegzuschließen, zu vergessen, was war?

Von uns wird ein Maß an Professionalität verlangt, ein Wegstecken, ein Aushalten samt eines Maßes an Selbstkontrolle. Denn die Würde des Menschen ist unantastbar.

Aber wir bleiben doch auch Mensch trotz unseres Berufs. Ja, auch wir, als Justizvollzugsbedienstete wünschen uns – so, wie die Bediensteten von Polizei, Feuerwehr, Kranken- und Pflegediensten – gerade in besonderen Grenzsituationen für unser Wort, für unser Tun und für das, was sie als Außenstehende mitunter wohl als zu hart oder zu kompromisslos erleben werden, einfach mal verstanden zu werden.

Als neu in den Landtag gewählte Abgeordnete, wenn sie die Berichte aus dem Vollzug hören, berücksichtigen Sie bitte: auch wir bleiben Mensch in all unserer beruflichen „Alltäglichkeit.“

Kann nun eine Bodycam in einer solchen Umgebung bei sich anbahnenden Konfliktsituationen tatsächlich „schützend“, „abschreckend“ oder gar „deeskalierend“ wirken – bei besonders aggressiven Gefangenen gar -, von denen in der Presseerklärung des HMdJ Mitte Oktober die Rede war?

Wird ein Gefangener zu dem Ergebnis kommen: „War nicht so gemeint, ist ja schon gut. Ich gehe ja schon in meinen Haftraum.“

Und brauchen wir das Kamerabild tatsächlich, um am Ende – in der Rückschau – „schützend“ zu beweisen, dass die Kollegen „ordnungsgemäß“ handelten?

Der BSBD Hessen spricht sich ausdrücklich gegen die Einführung von Bodycams aus, weil wir nicht glauben, dass die Bilder zu einer „Objektivierung“ oder gar „Schlichtung“ von Konflikten hinter Gittern führen und weil wir nicht glauben, dass Kolleginnen und Kollegen tatsächlich dadurch geschützt werden. Zu groß scheint uns das Risiko des nicht verstanden Werdens.

In Sachsen-Anhalt ist ein solcher Film im Übrigen einmal in den Social Media gelandet. Selbstverständlich gerieten zunächst die Kollegen in Verdacht, ihr Handy im Dienst dabei gehabt und damit das „Spektakel“ gefilmt zu haben. Am Ende stellte sich jedoch heraus, dass die Videoaufzeichnung als Beweismittel durch das Gericht herangezogen, dem Verteidiger überlassen und so weiter an die Freundin des betroffenen Gefangenen geraten war. Was für einen Weg bis in die Social Media solche Beweismittel doch nehmen können.

Deshalb sagt der BSBD Hessen zum Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen, Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann, sehr geehrte Abgeordnete des hessischen Landtags, Bodycams wollen wir tatsächlich nicht. Bodycams helfen nicht beim Verstehen des Alltags hinter Gittern, vor dem wir sie jeden Tag schützen, sie haben keine deeskalierende Wirkung in dieser Umgebung. Sie zeichnen nicht auf, was tatsächlich passiert - und: sie geben keine Rückendeckung.

Rückendeckung ist das, was sich die Kolleginnen und Kollegen von ihren Vorgesetzten, von ihrer Anstaltsleitung, von ihrer Fachabteilung, von ihrer Ministerin, von den Abgeordneten des hessischen Landtags immer wieder wünschen. Sich die Bedingungen bewusst machen, sie berücksichtigen, unter denen Kolleginnen und Kollegen jeden Tag ihren Dienst zu leisten haben, womit sie konfrontiert werden, was sie jeden Tag in der Begegnung mit Gefangenen tatsächlich erleben.

Sehr geehrte Abgeordnete: die Kolleginnen und Kollegen wollen verstanden werden, das gibt die Rückendeckung, die wir brauchen, um jeden Tag wieder durch die Pforte zu gehen, den Schlüssel rauszuholen, das PNG mitzunehmen und um unseren Dienst zu verrichten.

Wenn auch keine Bodycams, Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann, wir brauchen dringend neue Kameras, dazu neue Überwachungsbildschirme und neue Rechner, die die Bilder aus dem Kamerahafträumen, von den Fluren und den Außenbereichen so verarbeiten, dass tatsächlich auch etwas zu erkennen ist. In allen Haushaltsverhandlungen werden die Anstalten, werden die Kolleginnen und Kollegen, die den Monitordienst zu leisten haben, vertröstet auf anstehende Sanierungen und beabsichtigte Modernisierungen. Seit vielen Jahren geht das so. In manchen Anstalten wird die Technik mit ausrangierten Geräten und Elementen anderer Anstalten in Betrieb gehalten, manchmal hilft nur noch Phantasie oder einfach mal gegen den Kasten treten. Viel zu häufig hilft aber nichts mehr, dann müssen gar Türme wieder besetzt werden, obwohl dafür schon lange kein Personal mehr im Besetzungsplan einkalkuliert ist.

Ich mach's kurz, ich wiederhole mich auch hier: wir brauchen zeitgemäße Technik, wir brauchen Modernisierung und wir brauchen dafür Geld. Und leider deutlich mehr, als Sie, Frau Staatsministerin, bei den einschlägigen Haushaltstiteln an Aufstockung tatsächlich bereits aushandeln konnten.

Auch Werkmeister stumpfen ab, wenn sie immer wieder nur flicken, wenn nichts passiert und sie den Eindruck haben, dass es auch kaum noch jemanden interessiert. Wir haben mittlerweile einen massiven Sanierungs- und Modernisierungstau im hessischen Justizvollzug. CO<sub>2</sub>-neutrale Verwaltung in sanierungsbedürftigen Gebäuden, das wird schwierig werden in der Realisierung. Den Kollegen in Fortbildungen Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Neutralität aufzeigen, ihnen zu erklären, was nötig ist und dann das hierfür notwendige Budget nicht zu liefern, ist auch kein schöner Zug, sehr geehrte Vertreter\*innen der beiden Regierungsparteien.

Personalnot, unbesetzte Stellen und der treueste aller Kollegen auf dem Tagesdienstplan, der Kollege n.n., no named – wie oft tragen wir das ihnen allen vor. Die Ausfallquote und ihr Berechnungsfehler, mitursächlich für n.n. und Unterbesetzung,

erklären wir,

erklären wir,

erklären wir.



Wir wissen, dass wir Recht haben,  
sie wissen eigentlich auch, dass wir Recht haben.

Insgesamt 40 neue Stellen für den allgemeinen Vollzugsdienst weisen tatsächlich in die richtige Richtung. Wenngleich mit den 40 auch wieder neue Aufgaben kommen.

Der Vollständigkeit halber und zur Erinnerung: durch die falsche Berechnung der Ausfallquote fehlen wenigstens 110 Stellen im Vollzug.

Von Thomas Eigenthaler, dem Bundesvorsitzenden der Deutschen Steuergewerkschaft habe ich eins gelernt, dass die Finanzverwaltung mit einem anderen Begriff arbeitet, dort beschreibt man den Grad der Unterbesetzung mit dem Begriff „Entbehrungsquote“. Immerhin, dieser Begriff hat uns eins voraus:

Entbehrung heißt laut Google oder Wikipedia: „schmerzlich empfundener Mangel an Notwendigem“ bzw. „empfindliche Einschränkung“. Im Gegensatz zu „Ausfallquote“ und „Personalzuschlag“ hat dieser Begriff aber einen Vorteil: der eigentliche Personalbedarf wird zumindest nicht bestritten.

Warum arbeiten wir uns als BSBD Hessen so hartleibig am Thema Ausfallquote ab?

Weil wir das tägliche Ringen um Handlungsfähigkeit erleben, das treibt unsere Kolleginnen und Kollegen um, das begrenzt ihre tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten. Das kostet uns Sicherheit. Resignation ist im Übrigen eine der Folgen. Wir halten deshalb an unserer Forderung fest: dieser Dreisatzfehler in der Personalbemessung muss korrigiert werden. Das steht in Ihrer Verantwortung, Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann, sehr geehrte Abgeordnete des hessischen Landtags. Wie viele Jahre ertragen sie es noch, unsere Mahnung und unsere Forderung hier in Butzbach jedes Jahr wieder zu hören?

Noch nicht resigniert haben wir als BSBD beim Thema Hünfeld, dem schwarzgelben Leuchtturmprojekt des hessischen Justizvollzugs.

Warum reiben wir uns so sehr an diesem Kapitel hessischer Vollzugsgeschichte? Weil es auch hier um Handlungsfähigkeit geht. Sobald der Alltag dieser JVA - beispielsweise durch eine oder mehrere Krankenhausüberwachungen - , beeinträchtigt wird, besteht das Risiko, dass die Anstalt in den Nachtverschluss muss. Während die staatlichen Bediensteten dann rennen, sind die Mitarbeiter\*innen des privaten Dienstleisters raus und sitzen rum. Dieses Rumsitzen ist seitens des Justizvollzugs nichtsdestotrotz zu bezahlen. Die Leistung passiert durch Anwesenheit und wird ja offensichtlich erbracht. Kann das wirtschaftlich sein?

Wir wissen, dass aktuell die ersten Vorgespräche laufen, 2021 endet der jetzt laufende Vertrag. Wir nutzen deshalb auch den 62. Gewerkschaftstag als BSBD und appellieren an Sie: führen Sie die JVA Hünfeld in einen vollstaatlichen Betrieb zurück. Wir brauchen jeden Kopf dieser Anstalt, um jederzeit Handlungsfähigkeit zu haben. Eine Einteilung in hoheitliche und nicht hoheitliche Aufgaben hat sich so nicht bewährt. Mit dem Haushalt 2020 können Sie die notwendigen Schritte einleiten. Bitte ergreifen sie diese Chance, bitte handeln Sie jetzt!

Arbeitsfeld Justizvollzug.

Sich hereindenken, in den Justizvollzug, über meterhohe Mauern hinweg in ein absolut ab- bzw. zugeschlossenes System zu schauen, darauf haben sie sich nun eingelassen. Sie sind die vollzugspolitischen Sprecherinnen und Sprecher Ihrer Fraktionen.

Weil dieses Aufgabenfeld so einzigartig ist und unsere Kolleginnen und Kollegen stets ganz besonders herausgefordert sind, fasse ich in Kurzform zusammen, was wir darüber hinaus von Ihnen als nun politisch Verantwortliche fordern:

1. Die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Vollzugszulage, der so genannten Gitterzulage
2. Die Dynamisierung dieser Zulage, in Bayern steigt die Gitterzulage mit jeder Besoldungserhöhung
3. Die Zahlung der Gitterzulage in allen Vollzugseinrichtungen, also auch im H.B.Wagnitz-Seminar in Wiesbaden. Alle tragen wir an jedem Platz dazu bei, dass Sicherheit und Resozialisierung geliefert werden. Dazu gehören auch die Ausbildung und die Fortbildung. Auch hier ist uns Bayern im Übrigen voraus, dort wird die Zulage auch für die Straubinger Kollegen in der Vollzugsschule gezahlt.
4. Wir fordern die Anhebung der sogenannten Meisterzulage, weil wir bei der Nachbesetzung freier Stellen des Werkdienstes mittlerweile konkurrenzunfähig sind am boomenden Arbeitsmarkt im Handwerk.
5. Wir fordern die Anhebung des Eingangsamtes für den mittleren Verwaltungsdienst. Auch hier drücken uns die Nachbesetzungsorgen.
6. Jetzt komme ich zu Jacqueline aus der aktuellen Ausgabe des Vollzugsdienstes: mit Blick auf die Besonderheit, dass alle Azubis des mittleren und des gehobenen Verwaltungsdienstes wirklich durch ganz Hessen während ihrer Ausbildung müssen, d.h. alle in jedem Fall Ausbildungsabschnitte in Kassel und Frankfurt durchlaufen, darüber hinaus zwischen verschiedenen Anstalten wechseln, fordern wir die Einführung eines Anwärtersonderzuschlags für diese Ausbildungsgänge. Mit Anwärterbezügen in A 6 oder A 9 lässt sich das alles nicht finanzieren.
7. Und ja, wir begrüßen es, dass es mittlerweile die Initiative gibt, die Anwärterinnen und Anwärter von Amtswegen während dieser Ausbildungsabschnitte unterzubringen, derweil die meisten von ihnen von ihren schmalen Anwärterbezügen bereits eine Wohnung finanzieren müssen. Mögen diese Pläne tatsächlich und bald realisiert werden.
8. Weiterhin fordern wir einen fairen Umgang beim Schadensersatz. Wer in unmittelbarer Auseinandersetzung mit Gefangenen einen Schaden erleidet, sollte diesen auch unspektakulär ersetzt bekommen. Der BSBD Hessen musste einem Kollegen, der im Krankenhaus durch körperlichen Eingriff eine Flucht verhinderte, über den dbb-Rechtsschutz dazu verhelfen, dass seine 5 Jahre alte, dabei zerbrochene Brille voll erstattet wurde.

9. Schauen Sie bitte mutig auf das Thema Gewalt gegen Vollzugsbedienstete, verstecken sie sich nicht hinter selbst gestalteten Statistiken. Zahlen widerlegen nicht, was Kolleginnen und Kollegen tatsächlich erleben. Hierzu brauchen wir eine offene, problemorientierte Auseinandersetzung – und die Kolleginnen und Kollegen benötigen dringend Ihre Unterstützung und ihre Rückendeckung. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Staatsanwaltschaften das Thema mittlerweile deutlich ernster nehmen, zögerlicher werden in Sachen Einstellung und sogar Sonderdezernate gebildet wurden, um deutlich gegen diese Gewalt zu intervenieren.
10. In diesem Kontext fordern wir als BSBD Hessen die Einrichtung von Sicherheitsstationen. Gewaltbereite oder psychotische Gefangene müssen in einer eigenen Abteilung untergebracht werden. Es kann nicht sein, dass sie den Tagesablauf derart anhalten oder die anderen Gefangenen nachts markant und fortlaufend stören. Das gefährdet die Sicherheit und die Ordnung jeder Anstalt.
11. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Fachdienste dürfen nicht zu Dokumentationsheinis degradiert werden. Wir brauchen sie dringend in der persönlichen Auseinandersetzung, Auge in Auge und Gespräch für Gespräch. Ein Vollzugsplan ist Papier, das im Vollzugsalltag aber nicht die tragende Rolle spielt. Wer die Auseinandersetzung scheut, nimmt den eigentlichen Auftrag nicht ernst.
12. Statten Sie die Gefangenentransporter endlich mit Sondersignalen, dem Blaulicht, aus. Andere Länder haben das längst geregelt. Der HPR hat es bereits vor Jahren gefordert. Müssen wir immer wieder zuschauen, wie uns ein Krankenwagen mit Gefangenem davonfährt, weil der begleitende Dienstwagen eine rote Ampel hat?

Und schließlich: kommen Sie in die Anstalten, schauen sie hinter unsere Mauern, versuchen sie zu begreifen, was bei uns geschieht. Dann werden sie lernen, uns – auch als Gewerkschaft – zu verstehen.

Wir werden als BSBD Hessen nicht müde werden, immer und immer wieder das Arbeitsfeld Justizvollzug zu erklären, den Hammer, den Klabauterhammer einzusetzen.

Für uns als BSBD Hessen, der Fachgewerkschaft im hessischen Justizvollzug, gilt eine Pflicht ganz besonders:

wir werden uns bei allem Gegenwind, bei allem Widerwort und aller statistischer Spielerei nicht davon abhalten lassen,

für unsere Kolleginnen und Kollegen Stellung zu beziehen,

Klartext zu reden,

Forderungen auf den Punkt zu bringen

und diese gar durchzusetzen.

Denn eins haben wir allen Mitbewerberinnen und Mitbewerbern voraus: Als Fachgewerkschaft im dbb Hessen sind wir tatsächlich gut vernetzt.

All unsere Kompetenz und all unsere Leidenschaft bringen wir ein in die Arbeit des Hauptpersonalrats Justizvollzug und wir versprechen, dies auch in der kommenden Wahlperiode genauso zu leben.

Vielen Dank.